

# CDU fordert P+R-Planung in der Hand der Region

SPD setzt zunächst auf ein Gesamtkonzept für Park-and-ride-Anlagen – Freie Wähler wollen Zuschüsse für den Bau geben

VON ALEXANDER IKRAT

**STUTTGART.** Die Kritik aus mehreren Rathäusern an der Planung von Park-and-ride-Anlagen stößt auf Reaktionen bei den großen Fraktionen der Regionalversammlung. Am weitesten geht die CDU, die mit der S-Bahn auch daneben liegende Parkplätze planen, bauen und bezahlen will.

„Wir brauchen eine Klarstellung im Gesetz“, sagt Rainer Ganske. Der stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der CDU-Regionalfraktion möchte, dass der Verband Region Stuttgart das Sagen im ganzen öffentlichen Nahverkehr hat – nicht nur bei der S-Bahn. „Dazu gehört für uns auch der Zulauf zur S-Bahn“, sagt Ganske, „wir wollen ja, dass die Leute umsteigen.“ In der deutschen Stauregion Nummer eins müsse alles getan werden, um die Straßen zu entlasten, und da helfe es nicht, wenn jede Kommune ihr eigenes Süppchen

koche. Der Regionalrat nennt seinen Wohnort Gärtringen (Kreis Böblingen), wo die Gemeinde an der S 1 vor sieben Jahren 1,50 Euro Parkgebühr einführte. „Seitdem sind Ehningen und Nufringen nebenan überfüllt“, sagt Ganske. Gärtringen dagegen konnte einen Teil der P+R-Plätze an eine örtliche Firma abtreten, weil die Nachfrage plötzlich geringer war. „Das passiert, wenn es keine Planung aus einer Hand gibt“, sagt Ganske. Zu dieser gehöre auch, dass alle P+R-Plätze kostenlos werden – abgesehen von jenen in den Innenstädten.

Bernhard Maier (Freie Wähler) hält traditionell wenig von Gesetzesänderungen, die der Region mehr Zuständigkeiten bringen könnten. Viel hält Maier davon, das Park-and-ride-Angebot auszubauen. „Man muss Plätze schaffen“, sagt Maier, „dann kommen nach einer Weile auch die Leute.“ Nach den Vorstellungen des ehemaligen Böblinger Landrats sollte der Regionalverband den

Bedarf erheben und auf die Kommunen zugehen. „Wo wir einen Bedarf sehen, sollten wir die Kosten der Anlage fördern“, sagt Maier, dessen Freie Wähler eigentlich als Sparkommissare der Region gelten. Der Verkehrsexperte hält es diesmal mit der CDU: „Wenn P+R eine Barriere zum Umstieg auf die Bahn ist, müssen wir was tun.“ Das Land sieht er dabei ebenfalls in der Pflicht.

## Grüne denken eher an Busse, Räder und Pedelecs als an Autos

Thomas Leipnitz äußert sich etwas vorsichtiger. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD hält das Thema aber für „relativ unkoordiniert“ und will es bei der laufenden Aktualisierung des Regionalverkehrsplans anpacken. Bisher sorgt die Region immerhin schon dafür, dass die P+R-Areale nicht mit etwas anderem als Parkplätzen bebaut wer-

den dürfen. Ob sie künftig mehr tun könnte, soll der Verband nach den Vorstellungen von Leipnitz erst einmal prüfen. Dabei gehe es auch darum, wem der jeweilige Grund gehört. Leipnitz: „Das ist meistens die Bahn, und die will ihren Besitz oft lieber veredeln.“ Sprich: als Bauplatz verkaufen. Das hat sich in Nufringen (Kreis Böblingen) bestätigt, wo die Bahn nach Informationen unserer Zeitung für 30 Stellplätze nicht den Preis einer Verkehrsfläche, sondern von Bauerwartungsland gefordert hat.

Ähnlich wie Leipnitz möchte auch Grünen-Verkehrsexperte Mark Breitenbücher am S-Bahnhof alle möglichen Verkehrsträger verknüpfen. Er denkt aber eher an Busse, Fahrräder und Pedelecs als an Autos. „Das ist eher die Zukunft“, findet Breitenbücher, „Parkhäuser haben einen Riesen-Flächenverbrauch und sind teuer, und wenn die Leute erst einmal im Auto sitzen, fahren sie sowieso gleich durch bis zum Ziel.“